

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Bas, Johannes Pflug, Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Kerstin Griese, Hans-Joachim Hacker, Gustav Herzog, Johannes Kahrs, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Duisburger Hafen muss in öffentlicher Hand bleiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Duisburger Hafen ist der weltweit größte Binnenhafen, der sich selbst in der Wirtschaftskrise positiv weiterentwickelt hat und als herausragendes Beispiel für einen modernen Hafen gilt. Die Bundesregierung hat mehrfach auf seine hohe Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und den Güterverkehr hingewiesen. Der Hafen hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem zentralen Umschlagplatz für internationale und kontinentale Güterströme in Europa entwickelt und bildet ein wichtiges Bindeglied innerhalb globalisierter Lieferketten. Insbesondere für die ZARA-Häfen (Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) ist der Hafen der wichtigste Hinterland-Hub und das bedeutendste Gateway für Güterverkehre nach Zentraleuropa. Rund 350 Unternehmen sind im Duisburger Hafen ansässig, insgesamt hängen etwa 40 600 Arbeitsplätze am Hafen. Die Logistikkreuzung Duisburg ist heute ein wesentlicher Motor für Wohlstand und Arbeitsplätze in Duisburg, Nordrhein-Westfalen und Deutschland.

Der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Duisburg sind je zu einem Drittel an der Betriebsgesellschaft der Duisburger Hafen AG beteiligt. Der Beteiligungsbericht der Bundesregierung weist den Grundkapitalanteil des Bundes mit 15,4 Mio. Euro aus, Experten taxieren den Wert des sog. Bundes-Drittels auf 50 Mio. Euro. Die 558 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschafteten 2010 einen Umsatz von 147,4 Mio. Euro und einen Gewinn von 6,8 Mio. Euro. Die Duisburger Hafen AG schreibt schwarze Zahlen mit stark steigender Tendenz. 2010 erzielte die Duisport-Gruppe ein Umschlagwachstum von 23 Prozent gegenüber 2009. Die Bundesregierung hat allerdings trotzdem ein Verfahren zur Veräußerung ihrer Anteile mit Verweis auf § 65 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung eingeleitet.

Bei einem Besuch im Duisburger Hafen erklärte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, im Juni 2011 seine „allergrößte Skepsis“ zu einer Veräußerung des Bundesanteils und bezeichnete den Hafen als „Juwels unter den Bundesbeteiligungen“. Bisher haben jedoch unter anderem die von der öffentlichen Hand betriebene Rotterdamer Hafengesellschaft (Port of Rotterdam Authority) sowie Bundesländer ihr Interesse am Kauf des Bundesanteils bekundet. Damit wird das Ziel der Privatisierung verfehlt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die außerordentliche Bedeutung des Binnenhafens Duisburg für Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa anzuerkennen;
 2. das Verfahren zur Veräußerung der Anteile des Bundes an der Duisburger Hafen AG sofort zu stoppen;
 3. ökonomische Vernunft wieder zur Grundlage des Regierungshandelns zu machen und nicht durch Veräußerung einer rentablen Beteiligung auf stetig wachsende Gewinne für den Bund zu verzichten;
 4. durch den Steuerungseinfluss der öffentlichen Hand eine verlässliche Entwicklung des Duisburger Hafens als Voraussetzung der von der Bundesregierung angekündigten Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf Schiene und Wasserstraße sicherzustellen und damit viele Arbeitsplätze in ganz Deutschland zu erhalten;
 5. die erfolgreiche Entwicklung des Duisburger Hafens auch als Erfolg der Mitgestaltung durch die öffentliche Hand zu begreifen und die These vom vermeintlichen Vorteil privatwirtschaftlicher Tätigkeit grundsätzlich zu überprüfen;
 6. sich grundsätzlich zu den Aufgaben des Bundes für eine nachhaltige, langfristige und weitsichtige Verkehrs- und Wirtschaftspolitik zu bekennen.

Berlin, den 13. Dezember 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion